



MARCEL FRATZSCHER

Plädoyer für einen Schuldenschnitt für Deutschlands Kommunen

Marcel Fratzscher ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Der Bundestag hat jüngst einer Umstrukturierung der Schulden für Griechenland zugestimmt und damit den Weg frei gemacht für eine letzte Tranche aus dem Hilfspaket und vor allem für Schuldenerleichterungen. Mit diesem Beschluss, der einem Schuldenschnitt gleich kommt, wird die Regierung in Athen wieder handlungsfähig, um nötige Reformen umzusetzen und Eigenverantwortung zu übernehmen. Eine Entscheidung, die auch im Interesse Deutschlands richtig ist. Doch nicht nur Griechenland benötigt einen solchen Schuldenschnitt, um wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Viele deutsche Kommunen könnten Schuldenerleichterungen brauchen, um wieder handlungsfähig zu werden.

Allen kritischen Stimmen aus Deutschland zum Trotz: Eine Umstrukturierung der Schulden für Griechenland liegt auch im deutschen Eigeninteresse. Mit rund 180 Prozent Staatsschulden gemessen an seiner jährlichen Wirtschaftsleistung schreckt Griechenland derzeit viele Investoren ab. Doch nur wenn wieder Investitionen in das Land fließen, können neue Jobs entstehen und kann sich die Wirtschaft erholen – und nur dann wird der griechische Staat auch in Zukunft seine Schulden bedienen können. Kurzum: Ein starkes Wirtschaftswachstum ist die beste Sicherheit dafür, dass Griechenland seine Schulden bedient und damit die deutschen SteuerzahlerInnen auch in Zukunft geschützt sind.

Wenn diese Logik auf Griechenland zutrifft, wieso dann nicht auch auf die deutschen Kommunen? Knapp ein Drittel aller deutschen Kommunen ächzt unter hohen Schulden, viele sind so stark überschuldet, dass sie in Haushaltsverwahrung durch ihre Länder sind, also gar keine eigenverantwortlichen Entscheidungen mehr treffen können. In einem massiven und zunehmenden Süd-Nord Gefälle machen die Kommunen im Süden Überschüsse und tätigen zum Teil das Siebenfache an kommunalen Investitionen pro Kopf von Kommunen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen oder Mecklenburg-Vorpommern. Dabei sind kommunale Investitionen in der föderalen Struktur Deutschlands ungeheuer wichtig und machen mehr als die Hälfte aller öffentlichen Investitionen aus.

Die staatliche Förderbank KfW schätzt in ihrem Kommunalpanel, dass die deutschen Kommunen einen Investitionsbedarf von knapp 159 Milliarden Euro haben. Das Problem der finanzschwachen Kommunen ist dabei erwiesenermaßen nicht, dass sie schlecht wirtschaften, sondern dass sie mit hohen Sozialausgaben belastet sind und zu wenige Möglichkeiten haben, selbst Steuereinnahmen zu generieren. So bleibt finanzschwachen Kommunen in wirtschaftlich schweren Zeiten meist keine andere Alternative, als Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu kürzen. Die Schuldenbremse erlaubt den Kommunen keinerlei Neuverschuldung. Viele mussten dadurch auch so massiv Personal abbauen, beispielsweise in den Bauämtern, dass sie die zusätzlichen Gelder des Bundes für Investitionen gar nicht in Anspruch nehmen können.

Ein Teufelskreis, bei dem finanzschwache Kommunen immer weiter hinter die Standards der finanzstarken Kommunen zurückfallen und junge, gut ausgebildete Menschen abwandern. Unternehmen siedeln sich dann lieber in reicheren Kommunen an, wo die Gewerbesteuern häufig geringer und viele gut qualifizierte Menschen verfügbar sind, was wiederum die regionalen Unterschiede vergrößert. Daran hat auch die Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs kaum etwas geändert. Ein erheblicher Anteil der Schulden der Kommunen wird zudem von den lokalen Sparkassen erhalten, die wiederum zum Teil Eigentum der Kommunen sind. Genauso wie man den Teufelskreis zwischen Banken und Staaten in einzelnen Ländern in Europa durchbrechen muss, so muss auch diese Problematik auf lokaler Ebene angegangen werden.

Wenn also Deutschland Griechenland eine Umstrukturierung seiner Schulden zugesteht, sollte es dies auch für seine eigenen überschuldeten Kommunen tun, um diesen wieder finanzpolitische Autonomie zu ermöglichen. Ein Schuldenschnitt für die finanzschwachen deutschen Kommunen wäre ein wichtiger Schritt, um langfristig gleichwertige Lebensbedingungen herzustellen, und eine kluge Entscheidung, um mehr Wachstum und Wohlstand in Deutschland zu generieren.

Der Kommentar ist am 5. Juli 2018 in „Die Welt“ erschienen.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 11. Juli 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström,
Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Markus M. Grabka; Dr. Alexander Zerrahn

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter